



DIN 19 051



**Der
Katholik**

**und die
SPD**

**Der
Katholik**

**und die
SPD**

A57753

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn

37.943

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

V O R W O R T

Diese kleine Schrift will ein Gespräch fortsetzen. Ein Gespräch über das gegenseitige Verhältnis von katholischer Kirche und demokratischem Sozialismus, das bereits in den Jahren der Unterdrückung begann, sofort nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 weitergeführt wurde, und das inzwischen durch die Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker, der Katholischen Akademie in Bayern, der Sozialistischen Bodensee-Internationale und infolge der Beschlüsse des Godesberger Parteitages der SPD auch weiten Kreisen der Öffentlichkeit bekannt geworden ist und von ihr beachtet und weiter beobachtet wird.

Wir meinen, daß man auch weiterhin wird miteinander reden müssen. Vielleicht klingt es anspruchsvoll, aber die Beseitigung der Mißverständnisse und die sachliche Diskussion der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Katholizismus und demokratischem Sozialismus scheinen uns eine wesentliche Voraussetzung dafür zu sein, daß wir die demokratische Ordnung in unserem Lande festigen und bewahren.

Im neuen Grundsatzprogramm der SPD heißt es: „Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben . . .“

„Nur eine gegenseitige Toleranz, die im Andersgläubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.

Der Sozialismus ist kein Religionersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen. Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.“

Unser Volk und die junge deutsche Demokratie, die wir in einem Teile Deutschlands aufbauen konnten, stehen an der Frontlinie der großen geistigen und weltpolitischen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Es wäre fatal, wenn in dieser Situation falsche Fronten erstarren oder gar neue aufgebaut würden, es wäre eine Hoffnung, wenn das gemeinsame Schicksal alle die zu gemeinsamem Handeln vereinigen könnte, die die Freiheit des Menschen in der technischen Welt bewahren und die soziale Demokratie verwirklichen wollen.

Bonn, im Dezember 1959

Waldemar v. Knoeringen

Willi Eichler

Zur Einleitung

Eine Partei wird nicht über eine Kirche zu Gericht sitzen können. Dazu hat sie weder Auftrag noch Kompetenz. Aber das politische Verhalten kirchlich gläubiger Menschen wird sie brennend interessieren. Und das nicht nur, weil eine Partei darauf sinnen muß, Anhänger und Wähler zu gewinnen, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Eine demokratische Partei kann nicht bloßes Machtinstrument sein. Sie wird ihren Auftrag sittlich begründen müssen. Für die Mehrzahl der in unserer Gesellschaft lebenden Menschen ist aber die sittliche Entscheidung verbunden mit einem religiösen Glauben, mit der Zugehörigkeit zu einer Kirche. Die Kirchen sind eine mächtig wirkende Kraft in unserer Gesellschaft. Sie beeinflussen nicht nur die parteipolitische Entscheidung vieler Bürger, sondern sind wirksam auch für das Grundverhalten zum Staat.

Politik ist an sittliche Entscheidung gebunden, und diese Entscheidung wird von vielen religiös-kirchlich begründet. Müssen die Parteien also bei den Kirchen gewissermaßen um Lizenz nachkommen? Das hieße offenbar das Wesen beider recht gründlich verkennen. Hinsichtlich des spezifisch Politischen ist die Kirche ebensowenig kompetent wie die Partei für das Spezifische der Religion. Aber die Politik gestaltet und verändert die Verhältnisse, in denen der Mensch auch seine religiöse Existenz leben muß. Uninteressierte Gleichgültigkeit gegenüber der Politik wird also den Kirchen nie möglich sein.

Zumindest der demokratische Politiker, der Macht nicht um ihrer selbst willen ausübt, sondern aus sittlicher Verantwortung, wird dem zustimmen. Autoritäre Regime haben die Tendenz, wechselweise die Kirchen zu bekämpfen oder sich ihrer zu bedienen. Sie lassen keinen Raum für letzte Entscheidungen, die nicht der Staatsraison unterstellt sind und möglicherweise politische Opposition begründen könnten. Die Demokratie bejaht die Existenz der freien gesellschaftlichen Vereinigungen — als solche stellen sich die Kirchen dem Politiker dar —, die sich letzter politischer Einordnung entziehen. Sie bejaht auch das damit begründete Spannungsverhältnis. Das durch die Jahrtausende der Geschichte gehende Problem von Staat und Kirche hört in der demokratischen Gesellschaft nicht auf zu bestehen. Aber die möglichen Konflikte zwischen Staat und Kirche können geregelt werden jenseits der Alternative Versklavung oder Verfolgung der Kirche und ohne die Gefahr politischer Explosionen.

Das Verhältnis der Katholiken zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört zu den Problemen, die das politische Leben in der Bundes-

republik belasten. Das Problem ist nicht von heute, und seine Fragestellung gilt nicht nur für Deutschland. Aber schon auf den ersten Blick läßt sich sagen: Seine Lösung erscheint längst nicht mehr so aussichtslos wie vor fünfzig, dreißig und selbst noch vor fünfzehn Jahren.

Es wird Leute geben, die das bestreiten, und zwar in dem Sinne, daß sie behaupten, hier gebe es kein Problem mehr zu lösen — weil die Antwort bereits endgültig gegeben sei. Auf katholischer Seite sind es jene, die die Frage, ob ein Katholik es mit seinem Gewissen vereinbaren könne, sozialdemokratisch zu wählen oder aktiv in der Sozialdemokratischen Partei tätig zu sein, mit einem „eindeutigen Nein“ beantworten und sich dabei auf den Satz der Enzyklika „Quadragesimo anno“ Pius' XI. aus dem Jahre 1931 berufen: „Es ist unmöglich, gleichzeitig ein guter Katholik und ein wirklicher Sozialist zu sein.“

Auf sozialdemokratischer Seite wird man kaum eine prominente Stimme finden, die sich in jüngerer Zeit ähnlich „eindeutig“ und in dem gleichen Sinne zu dem Problem „Katholische Kirche und Sozialdemokratie“ geäußert hätte. Aber in der breiten Anhängerschaft der Sozialdemokratie wird sich gewiß mancher finden, der auf Grund vielfacher persönlicher Erfahrung und nicht zuletzt bestärkt durch derartige „kirchliche Äußerungen“ in der Überzeugung verharret, die Mitarbeit von Katholiken in der SPD lasse sich kaum erreichen, nur sehr in Grenzen verwirklichen, und sei im Grunde auch kaum sehr wünschenswert.

Aber gerade der politische Alltag hat bewiesen, daß gewisse Barrieren auch durch noch so „eindeutige“ Erklärungen nicht mehr aufrechterhalten werden können. Bei Wahlen in jüngerer Zeit stellte sich heraus, daß der SPD ein nicht unbeachtlicher Einbruch in katholische Wählerschichten gelungen ist — so etwa bei den Kommunalwahlen 1956 in Nordrhein-Westfalen, wo die SPD in zahlreichen Stadt- und Landkreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung die absolute Mehrheit und im Gesamtergebnis 44,2 Prozent der nordrhein-westfälischen Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Dieses Ergebnis büßt seinen Erkenntniswert durch die rückläufige Tendenz bei der nachfolgenden Bundestagswahl keineswegs ein. Worauf es ankommt in diesem Zusammenhang, ist die Tatsache, daß erstmalig in diesem Lande ein ins Gewicht fallender Teil der katholischen Wählerschaft trotz vielfacher Kanzelschwörungen nicht davon abgehalten werden konnte, die Stimme diesmal der SPD zu geben.

Es kann auch nicht geleugnet werden, daß heute bereits eine ganze Anzahl Katholiken aktiv in der SPD tätig ist, und durchaus nicht als unbemerkbare „Mitläufer“. Wenn sie, wie man von bestimmter Seite einzuwenden pflegt, durchweg „nicht sichtbar in Erscheinung treten“,

so könnte das zum Beispiel daran liegen, daß sie es ablehnen, aus ihrer Glaubensüberzeugung so etwas wie einen politischen Reklameartikel zu machen. Und daß es ihnen sinnvoller erscheint, ihr christliches Zeugnis durch sachliche Mitarbeit abzulegen als durch katholische Fraktionsbildung.

Im ganzen bleibt freilich das Verhältnis der Katholiken — und besonders ihres gesellschaftlich aktiven Teils — zur Sozialdemokratie unbefriedigend. Das darin beschlossene Problem ist dadurch nicht weniger bedrückend, daß seine Lösung heute aussichtsreicher erscheint. Die Zeit drängt heute mehr denn je auf Verstehen und Verständigung zwischen den Katholiken und der Sozialdemokratie. Obwohl es ein legitimer Zweck einer politischen Partei ist, Einfluß und Macht zu gewinnen, stehen dabei für die SPD wahltaktische Überlegungen durchaus nicht im Vordergrund, wie selbst von CDU-beflissenen Katholiken gelegentlich zugegeben wird. So schreibt zum Beispiel Dr. KONRAD SCHÖN im Vorwort einer Streitschrift, die die Rede Bischof KELLERS über die SPD propagiert, zu der erneut aufgekommenen Diskussion um das Verhältnis von Kirche und SPD: „Wenn der Eindruck nicht trügt, geht es dabei nicht um bloße wahltaktische Gesichtspunkte, sondern um eine prinzipielle Auseinandersetzung.“

Denselben Eindruck wird man gewinnen aus jenem Gespräch führender sozialdemokratischer Politiker mit maßgebenden katholischen Theologen und Laien, das im Januar 1958 in der Katholischen Akademie Bayerns in München geführt wurde. Auf dieses Gespräch wird man noch oft zurückkommen müssen.

Was bei der notwendigen Begegnung von Katholiken und Sozialdemokratie auf dem Spiele steht, sind politisch die Chancen einer demokratischen Zukunft für unser Volk. Denn durch ihre Frontstellung gegen den Sozialismus sind die Katholiken in den verschiedenen europäischen Ländern immer wieder in das Lager antidemokratischer Kräfte geführt worden. Sie haben das selbst dann oft mit dem Verlust ihrer gesellschaftlichen Freiheit bezahlt.

Die Kirche aber belastet durch jede Art politischer Frontstellung die Glaubwürdigkeit ihrer religiösen Mission. Hier liegen, so scheint es, für viele verantwortlich denkende katholische Theologen und Laien auch die besonderen Antriebskräfte, die Überwindung alter, historisch bedingter Gegensätzlichkeiten zu suchen. Diese Gegensätzlichkeiten haben die letzten hundert Jahre unserer Vergangenheit mitgeprägt. Niemand wird sie mit einem magischen Zauberstab zum Verschwinden bringen können. Aber niemand sollte versuchen, sich hinter ihnen zu verschanzen, um dem Gespräch und dem Neudenken der Probleme zu entgehen.

Eines aber wird man ausschließen müssen, wenn eine Diskussion nicht von vornherein allen Sinn verlieren soll: das Eröffnen historischer Schuldkonten, die man sich gegenseitig vorhält. Ein solches Verfahren anwenden heißt alle Möglichkeiten der Begegnung verbauen.

Freilich steht die Diskussion um das Verhältnis von Katholik und Sozialdemokratie nicht jenseits des politischen Kampfes. Sie ist ein Stück politische Auseinandersetzung, bei dem Interessen engagiert sind und durch das reale Machtverhältnis verändert werden können und verändert werden sollen. Dies zu verschweigen, würde die Diskussion sofort mit dem Makel der Unaufrichtigkeit belasten. Aber diese Auseinandersetzung sollte wie jede andere im Respekt vor der Wahrheit geführt werden und in Bindung an die sittliche Verantwortung, die für den Demokraten Grundlage auch des politischen Kampfes ist.

Um die parteipolitische Neutralität der Kirche

In der bereits erwähnten Streitschrift „Der Christ und die SPD“ von Konrad Schön findet sich der Satz, es übersteige „die Kompetenz einer politischen Partei, festzustellen, daß sie trotz Bedenken religiöser Autoritäten gewählt werden könne“. Zu einem solchen Satz wird man viele kritische Fragen stellen können — aber zunächst ist er einleuchtend und richtig! Nicht die Partei, die Sozialdemokratie, wird dem Katholiken die Antwort auf Fragen geben können, die er sich von seiner religiösen Überzeugung her stellt oder die ihm von der kirchlichen Gemeinschaft gestellt werden. Nicht die SPD kann für die Kirche sprechen und sich sozusagen eine „katholische Unbedenklichkeitsbescheinigung“ ausstellen.

Aber es wird einer politischen Partei nicht verwehrt werden können, Politiker und Propagandisten, die den katholischen Glauben praktisch zu einer Partei-Ideologie machen, an Äußerungen des kirchlichen Lehramtes zu erinnern, die eine solche Praxis scharf verurteilen.

Denn, wie häufig auch der Mißbrauch kirchlichen Glaubens zu parteipolitischen Zwecken sein mag, und wenn gelegentlich auch hohe kirchliche Würdenträger sich in das Geschäft der Parteipolitik verwickeln

lassen — es scheint, daß die katholische Kirche sich des Unguten und Schädlichen dieser Situation bewußt ist, und zwar seit langen Jahren. Und es liegen kirchliche Äußerungen von hoher und höchster kirchlicher Stelle vor, die den Mißbrauch der Religion zu parteipolitischen Zwecken scharf verurteilen.

So schreibt bereits Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika „Sapientiae Christianae“ (1890) zu diesem Thema:

„Zweifelsohne ist es ein edles Bemühen auf politischem Gebiet, wenn man, ohne die Wahrheit und Gerechtigkeit zu verletzen, dafür eintritt, daß jene Grundsätze tatsächlich Geltung erlangen, die als die besten für das Gemeinwohl erscheinen. Aber die Kirche in Parteipolitik zu verwickeln oder sie benutzen, um die Gegner zu überwinden, heißt die Religion maßlos mißbrauchen.“

Schon vor siebzig Jahren also, in einer Zeit, in der es zu einer ersten positiven Begegnung der katholischen Kirche mit den demokratischen Strömungen der Neuzeit gekommen war, hat ein Papst in Sachen Parteipolitik und Kirche eine Wahrheit ausgesprochen, die an Aktualität nicht verloren hat.

Zwanzig Jahre später (1910) wandte sich Papst Pius X., den die katholische Kirche als Heiligen verehrt, in gleicher Angelegenheit an die spanischen Bischöfe und schrieb:

„Man kann von niemand unter Betonung der Gewissenspflicht den Eintritt in eine bestimmte Partei fordern unter Ausschließung der anderen; man kann nicht behaupten, daß jemand verpflichtet sei, auf seine eigenen ehrlichen politischen Überzeugungen zu verzichten, da auf rein politischem Gebiete verschiedene Meinungen gestattet sind, und zwar sowohl über den unmittelbaren Ursprung der Zivilgewalt wie über ihre Ausübung und über die verschiedenen Regierungsformen. Jene, die einer beliebigen politischen Partei angehören, müssen immer ihre Aktions- und Stimmfreiheit bewahren, um gegen jene Gesetze und Verfügungen aufzutreten, die den Rechten Gottes und der Kirche entgegenstehen.“

Diese Äußerung wiegt um so schwerer, als sie von einem Papst mit stark konservativem Profil kommt, der das Eindringen liberaler Ideen in Kirche und Gesellschaft mit Nachdruck bekämpfte. Gerade diese „integralistische“ Einstellung hat ihn offenbar veranlaßt, die Distanz der Kirche zu den Auseinandersetzungen der eigentlichen Parteipolitik zu betonen und denen entgegenzuwirken, die bestimmte politische Programme nutzbringend mit der kirchlichen Wahrheit verknüpfen möchten.

Jene Sätze Pius' X. scheinen uns auch ein recht aktueller Kommentar zum Thema der „Einheit der Katholiken im politischen Raum“, das derzeit in der Bundesrepublik in so vielfältigen Formen abgehandelt wird. Diese Einheit soll – nach der Meinung Pius' X. – offenbar nicht dadurch in Erscheinung treten, daß die Katholiken parteipolitisch auf denselben Nenner gebracht werden, sondern dadurch, daß sie unabhängig von ihrem sonstigen politischen Standort dann und dort zusammenstehen, wo die Rechte Gottes und der Kirche ins Spiel kommen.

Die Sorge eines Papstes, daß unzulässige parteipolitische Stellungnahmen geistlicher Autoritäten viele Gläubige der Kirche und dem Glauben entfremden könnten, klingt aus einem Schreiben, das Kardinalstaatssekretär GASPARRI im Namen Pius' XI. im Jahre 1923 aus gegebener Veranlassung an die katholischen Bischöfe Italiens richtete, und in dem es heißt:

„Seine Heiligkeit will, daß alle jene, die in irgendeiner Weise oder in irgendeinem Maße die Interessen der Religion vertreten, sich an die Regeln der strengsten Klugheit halten, indem sie selbst den einfachen Anschein von politischer Haltung und einer Ermutigung politischen Parteien gegenüber vermeiden.“

Noch viel deutlicher spricht diese Sorge aus einem Hirtenbrief, den der derzeitige Kölner Erzbischof, S. E. Joseph Kardinal FRINGS im November 1946 an den Klerus seiner Diözese richtete, und dessen Wortlaut im „Kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln“ vom 15. Dezember 1946 veröffentlicht ist. Dort heißt es unter anderem wörtlich:

„Um die Gefahr des Klerikalismus zu vermeiden, sollen die Geistlichen weder staatsbürgerliche Ämter übernehmen noch sich in Parteikämpfe einlassen, sei es, daß sie in politischen Versammlungen sprechen, sei es, daß sie unter Mißbrauch ihrer Stellung Gläubige irgendeiner Partei zuführen. Als höchste Regel hat zu gelten: der Geistliche hat sich um das Heil der Seelen zu kümmern, es muß ihm daher der Zugang zu allen Gläubigen offen sein, auch wenn diese politisch verschiedener Meinung sind oder verschiedenen Gruppen angehören.“

Klarer kann das Prinzip der parteipolitischen Neutralität der Kirche kaum formuliert werden. Seine Begründung deckt sich mit dem, was man auch in den Schriften katholischer Laien wie WALTER DIRKS oder F. J. SCHÖNINGH lesen kann, die heute in der geschlossenen Gesellschaft des westdeutschen Katholizismus als „Linksabweichler“ gelten.

Das war freilich in der Zeit, aus der das Hirten Schreiben des Kölner Kardinals datiert, durchaus nicht der Fall. Aus den damaligen Publikationen von heute so prominenten Katholiken wie DR. RAINER BARZEL, MdB und Rettet-die-Freiheit-Gründer, oder DR. OTTO BERND ROEGELE,

Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, ließen sich ähnliche Auffassungen zitieren. Und auf der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Union am 24. November 1945 in Düsseldorf formulierte der spätere stellvertretende CDU-Vorsitzende und langjährige nordrhein-westfälische Ministerpräsident KARL ARNOLD:

„Die Politik hat mit dem Dogmatischen und dem kirchlichen Lehramt nichts zu tun. Das sind speziell kirchliche Angelegenheiten. Eine politische Partei kann daher auch nicht eine religiöse Erneuerungsbewegung sein. Die praktische Politik hat es mit sehr nüchternen Dingen, beispielsweise mit den Fragen der Ernährung, des Wohnungsbaus, des Verkehrs, der Gesetzgebung, der allgemeinen Fürsorge usw. zu tun. In welcher Weise und in welchem Sinn im einzelnen diese Fragen entschieden werden, hängt von dem persönlichen Gewissen der in der Politik handelnden Menschen und von den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen ab.“

Also nicht „Rettung des Christentums“, des Abendlandes oder irgendwelcher ewigen Werte, sondern „sehr nüchterne Dinge“ . . . Aber das war auch noch die Zeit des Ahlener Programms und des „Christlichen Sozialismus“!

Wie anders die Entwicklung verlaufen ist, darüber braucht man heute – nach fast fünfzehn Jahren – kein Wort zu verlieren. Die Dokumente von Übergriffen kirchlicher Stellen und Organisationen in die Kompetenz der Politik, von Verletzungen der parteipolitischen Neutralität durch katholische Geistliche, Verbandsfunktionäre, prominente Katholiken, könnten viele Bände eines Weißbuches füllen. Auch Hirten Schreiben zu den verschiedenen Wahlen in den Ländern und im Bund sind längst nicht immer jener „höchsten Regel“ gefolgt, die der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz im Jahre 1946 für den Klerus seiner Diözese selbst aufgestellt hat. Wir glauben allerdings, uns nicht zu täuschen, wenn wir bei diesen Schreiben in jüngster Zeit eine Tendenz zu größerer Zurückhaltung feststellen.

In früheren Jahren hätte man von einer sozialdemokratischen Publikation erwartet, daß sie an dieser Stelle nun ihrerseits die Polemik eröffnete, etwa in dem Sinne: Was nützen die Proklamationen des kirchlichen Willens zur parteipolitischen Neutralität; was nützen Papstzitate und Bischofsworte, über die sich jeder Demokrat nur freuen kann; die Wirklichkeit sieht anders aus; letzten Endes sind das alles nur taktische Winkelzüge: die katholische Kirche strebt nach unbeschränkter Herrschaft, wo immer es die historischen Umstände ihr erlauben! – Wie gesagt, das wäre ungefähr das, was man zu diesem Thema von einer sozialdemokratischen Publikation erwartet hätte und hier und da vielleicht noch erwartet.

Aber das ist die Methode des Eröffnens der gegenseitigen Schuldkonten, die letzten Endes jedes Gespräch sinnlos macht. Von einem derartigen Verfahren — und er wandte sich dabei gegen derartige Praktiken seiner Glaubensbrüder — schrieb kürzlich der katholische Publizist HEINZ THEO RISSE: „Man konfrontiert die extremsten Äußerungen und schlimmsten Taten des Gegners mit den eigenen Prinzipien, und das gute Gewissen stellt sich fast zwangsläufig ein.“ Das gute Gewissen — und die Verewigung falscher Fronten, deren Aufrechterhaltung für bestimmte politische Kräfte lebenswichtig ist!

Wir haben uns von einer solchen Methode schon in der Einleitung distanziert. Eine so geführte Auseinandersetzung wäre das Papier nicht wert, auf das sie gedruckt würde. Sie wäre steril und gefährlich wie jede Auseinandersetzung, die von der Position eines globalen Mißtrauens her geführt wird und dem anderen kollektiv den guten Willen abspricht. Ihr Resultat wäre Selbstgerechtigkeit und Verteufelung des andern — zwei gerade auch auf politischem Gebiet beklagenswerte und gefährliche Erscheinungen.

Wir lehnen es ab, „die“ Kirche für die unerfreuliche Entwicklung des Verhältnisses von Kirche und Politik und Kirche und Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, wie es sich nach jener Phase verständnisvoller Begegnung in den ersten Nachkriegsjahren später in der Bundesrepublik entwickelt hat. Denn dies zu tun, wäre nicht nur eine Brückierung der Katholiken, die politisch in den Reihen der Sozialdemokratie stehen — ohne sich deshalb auch nur im geringsten von ihrer Kirche entfernt zu haben —, sondern es würde auch nicht dem Geschehen gerecht, wie es sich nach 1945 in Deutschland abgespielt hat.

Jenes Geschehen ist sehr vielschichtig und komplex — auch, was das Verhältnis der Kirche zur etablierten Macht in der Bundesrepublik betrifft. Der Katholik ist nicht nur gewissermaßen als „religiöses Wesen“ zu betrachten. Er gehört als Bürger und als gesellschaftliches Wesen verschiedenen sozialen Schichten und Interessengruppen an. Auch er ist jenem allgemeinen Trend zur Restauration ausgesetzt, teils handelnd — indem er ihn mit herbeiführen half —, teils erleidend, das heißt ohne ihm entgegen zu können. Es scheint, daß der Katholik hier ein Schicksal teilt, dem auch die Anhänger anderer Glaubens- und Überzeugungsgemeinschaften nicht entgangen sind. Und daran leiden nicht nur die sogenannten „non-konformistischen“ Katholiken, sondern auch manche anderen, die es indessen nicht fertigbringen, sich aus der restaurativen Verstrickung zu lösen.

In einer solchen Situation wird es verständlich, daß handfeste Interessen mehr Chancen haben, sich durchzusetzen, als Prinzipien, die ein Neu-

denken der Probleme erfordern und — politisch zu Machtveränderungen führen müssen. Es wäre kindisch, die politische Koordinierung von westdeutschem Katholizismus und bundesrepublikanischer Herrschaftsschicht übersehen zu wollen und der katholischen Kirche nur jene Prinzipien und Äußerungen zuzurechnen, die ihre Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber Politik und politischen Parteien betonen. Ebenso wenig erscheint es uns zulässig, die gegenwärtigen Verhältnisse als unabänderliche Position der Kirche anzunehmen, um sich in den Schützengräben des 19. Jahrhunderts einen überholten Stellungskampf zu liefern.

Auf gar keinen Fall dürfen die vielen bereits geschaffenen Ansätze einer Verständigung zwischen Katholiken und Sozialdemokratie durch die gesellschaftliche Restauration verschüttet werden oder verschüttet bleiben, die das politische und gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik zur Zeit beherrscht. Denn das wäre selbst ein höchst restauratives Verhalten und eine Stärkung jener Kräfte, die in einer politisch dienstbar gemachten Kirche die beste Garantie ihrer Machtbehauptung sehen.

Verbietet die Kirche die Mitgliedschaft in bestimmten politischen Parteien?

Die katholische Kirche hat immer auf ihre Weltverantwortung hingewiesen und eine Beschränkung auf den rein innerkirchlichen Raum abgewiesen. Sie versteht sich nach einem Worte Pius XII. als das „Lebensprinzip der Gesellschaft“. Dieses Wort soll allerdings nach der Darstellung katholischer Theologen keineswegs einen politischen Herrschafts- oder gar Totalitätsanspruch bedeuten. Es kann freilich einen solchen hervorrufen, wenn es politisch verstanden wird, wie das zur Zeit bei uns in starkem Maße der Fall ist.

Über die Beziehung von religiöser Überzeugung und politischem Programm nach der katholischen Auffassung kann man in dem „Wörterbuch für Politik“ von NEL-BREUNING/SACHER (Herder-Freiburg, 1948) unter anderem lesen:

„Aus der religiösen Überzeugung heraus läßt sich kein politisches Parteiprogramm entwickeln, einmal, weil das religiöse Weltbild nicht das vollständige Weltbild ist, zum andern, weil ein politisches Programm nicht nur zu den religiösen und weltanschaulichen Grundsatzfragen,

sondern ebenso sehr zu Zweckmäßigkeitsfragen Stellung zu nehmen hat. Die religiöse Überzeugung kann aber nur zu grundsätzlichen Haltungen, nicht aber zu Ermessensentscheidungen in Fragen der Zweckmäßigkeit führen. Dagegen ist es wohl möglich, daß die religiöse Überzeugung, an erster Stelle der Glaube an den einen, heiligen, gerechten und weisen Schöpfergott, zwingend zur Ablehnung und Bekämpfung gewisser politischer Programme, so namentlich des atheistischen Kommunismus (Bolschewismus), führt."

Die Kirche, die es ablehnt, sich an bestimmte politische Programme zu binden, nimmt also andererseits das Recht für sich in Anspruch, ihren Mitgliedern bestimmte politische Gefolgschaften zu untersagen. Hier liegt zweifellos eine wesentliche Ursache der Konflikte zwischen Kirche und Staat und Kirche und Parteien in der Zeit seit der Französischen Revolution. Denn in der Politik ist die Stellungnahme gegen die eine Partei praktisch allzuoft eine Stellungnahme für eine andere Partei — selbst, wenn sie nicht ausgesprochen wird und gegenüber der anderen Partei kirchlicherseits ebenfalls Bedenken bestehen. Aber wer nüchtern denkt, wird zugeben müssen, daß ein derartiges Dilemma unvermeidlich ist. Denn es gäbe nur eine Alternative, um es zu vermeiden: die Kirche müßte schweigen zu allem, was Bezug zu Staat und Politik hat. Das aber wird die Kirche von ihrem Selbstverständnis her niemals können. Wo sie es dennoch tut oder getan hat, wird sie erst recht zum politischen Komplizen der jeweils etablierten gesellschaftlichen Mächte.

Aber kann die Kirche hieraus so etwas wie einen Anspruch auf „geistliche Parteiaufsicht“ ableiten? Und, nimmt sie tatsächlich ein solches Recht für sich in Anspruch?

Angesichts einer gewissen Praxis tagespolitischer Auseinandersetzungen muß die Feststellung überraschen, daß die katholische Kirche in den letzten fünfzig Jahren ein klares Nein nur gegen eine politische Partei ausgesprochen und ihren Gläubigen unter Androhung von Kirchenstrafen deren Unterstützung und Förderung verboten hat: die Kommunistische Partei! Keine Zugehörigkeit zu einer anderen Partei als der kommunistischen ist vom Lehr- und Hirtenamt der katholischen Kirche, das heißt von den Päpsten mit Kirchenstrafen oder Kirchenausschluß (Exkommunikation) bedroht worden. Das ergibt sich eindeutig aus der vorliegenden Literatur.

Die Stellung, die die katholische Kirche gegenüber der Kommunistischen Partei bezogen hat, kann manchen Aufschluß darüber geben, was für die Kirche bei der Beurteilung einer politischen Partei letzten Endes entscheidend ist. Aus diesem Grunde gehen wir näher darauf ein.

Die Verurteilung des Kommunismus durch die katholische Kirche — seit über hundert Jahren häufiges Thema päpstlicher Rundschreiben und

kirchlicher Verlautbarungen — ist gewissermaßen „kodifiziert“ worden durch ein Dekret, das das Heilige Officium am 1. Juli 1949 erlassen hat. Dieses Dekret untersagt dem Katholiken, der Kommunistischen Partei anzugehören oder sie zu unterstützen. Wer dieser Anordnung „wissentlich und mit Absicht“ zuwiderhandelt, wird von den Sakramenten ausgeschlossen. Wer sich darüber hinaus zur „materialistischen und antichristlichen Lehre des Kommunismus“ bekennt, hat sich damit vom katholischen Glauben getrennt und ist exkommuniziert, das heißt aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgeschlossen.

Die hier getroffenen Unterscheidungen sind bemerkenswert. Die Kirche zieht den radikalen Trennungsstrich — Exkommunikation — nur denen gegenüber, die sich zu der Lehre und den antireligiösen Prinzipien des Kommunismus bekennen. Die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei und deren politische Unterstützung bei Wahlen oder sonstige Förderung wird lediglich mit schweren kirchendisziplinarischen Maßnahmen — Ausschluß vom Sakramentenempfang — bedroht, und auch dies nur, wenn der betreffende Katholik „wissentlich und mit Absicht“ handelt. Diese so theoretisch klingenden Unterscheidungen haben in Italien und Frankreich mit ihren starken kommunistischen Parteien und in den Ländern des Ostblocks mit starkem katholischen Bevölkerungsanteil große praktische Bedeutung. Sie werden hier angeführt, weil sie zeigen, daß es der katholischen Kirche mit solchen Entscheidungen, die politisch von großer Tragweite sind, tatsächlich mehr um die Reinerhaltung ihrer Lehre als um eine eigentlich politische Stellungnahme geht.

Entsprechend aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung des Bischofs der katholischen Diözese Saint-Brieuc, Msgr. COUPEL, die dieser im März 1959 abgab, als sein Hirtenwort zu den Kommunalwahlen von bestimmten politischen Gruppen einseitig ausgelegt worden war:

„Dieses Schreiben hat zu Interpretationen Veranlassung gegeben, die weder in meinem Denken noch in dem Text eine Grundlage finden. Diese Interpretationen, gehalten in der vereinfachenden Sprache der Politik, die die Kirche bald nach rechts und bald nach links festlegen will, obwohl sie weder rechts noch links ist und sein will, hat ungerechtfertigtes Ärgernis verursacht. Die Kirche hat den Kommunismus nicht auf der sozialen Ebene zu beurteilen. Sie verdammt ihn wegen seiner antireligiösen Haltung. Wenn der Kommunismus eines Tages seine antichristlichen Positionen aufgeben würde, nichts würde die Kirche hindern, auch ihrerseits ihre Haltung zu ihm zu ändern.“

Die Einstellung zum Kommunismus und den kommunistischen Parteien zeigt eine Praxis der katholischen Kirche, die diese sich seit einer Reihe von Jahrzehnten in wachsendem Maße zu eigen gemacht hat: Während

die Kirche ihre Lehre von den in der Gegenwart wirksamen geistigen und gesellschaftlichen Ordnungssystemen — Liberalismus, Kommunismus, Sozialismus — scharf abgrenzt, legt sie sich in der Beurteilung der „geschichtlichen Erscheinungen“ (Pius XI.) dieser Systeme — liberale oder sozialistische Parteien, Gewerkschaften, Vereinigungen — eine weit größere Zurückhaltung auf. Sie weist die Systeme zurück, warnt den Katholiken vor besonderen Gefahren, die für seinen religiösen Glauben aus der Mitarbeit in rein „weltlich“ orientierten Organisationen und Gruppen erwachsen können — und diese „Warnungen“ können gelegentlich faktisch einem Verbot gleichkommen; aber — und das ist das Entscheidende! — sie zieht den definitiven Trennungsstrich zu diesen „geschichtlichen Erscheinungen“ nur dort, wo Atheismus und prinzipielle Religionsfeindlichkeit zu einem wesentlichen Element der politischen Aktion werden. Das ist heute nur bei der Kommunistischen Partei der Fall. Hier gilt für den Katholiken das klare Verbot. Gegenüber allen anderen politischen Gruppierungen ist er nach der Lehre seiner Kirche frei. Nach der klaren, nachprüfbaren Lehre seiner Kirche...

Und die christliche Soziallehre?

In bestimmten Kreisen des westdeutschen Katholizismus werden solche Feststellungen einen Schock auslösen, obwohl sie nur Dinge aussagen, die in theologischen Lehrbüchern, Nachschlagwerken und seriösen katholischen Zeitschriften jederzeit gefunden werden können. Einem großen Teil der katholischen Tagespresse scheinen sie freilich völlig abhandengekommen zu sein. Hier wird dem Katholiken eingehämmert, daß er nach links und rechts nicht zu fragen brauche. Die Kirche biete ihm eine Soziallehre, die ihm die richtige Antwort auf die gesellschaftspolitischen Fragen gebe. Einziges Problem sei, diese Soziallehre „politisch zu verwirklichen“. Aber dafür habe man jetzt endlich eine christliche Partei, und die politische Hauptaufgabe eines Katholiken bestehe darin, dafür zu sorgen, daß deren Macht erhalten und womöglich noch erweitert werde.

So endet der bereits erwähnte „Diskussionsbeitrag zur weltanschaulichen Auseinandersetzung unserer Tage“ von DR. KONRAD SCHÖN zu dem Thema „Der Christ und die SPD“, der im Vorwort noch von einer „prinzipiellen Auseinandersetzung“ spricht, mit folgenden Sätzen:

„Die Union der Christen im politischen Raum ist eine Tatsache. Bei ihr sieht die gesamte christliche Wählerschaft ihre Möglichkeit, politisch zur Wirkung zu kommen. Diese Möglichkeit nicht zu nützen, hieße ein frivoles Spiel treiben, nachdem durch leidvolle Erfahrungen diese Möglichkeit geschaffen werden konnte. Möge sich die Sozialdemokratie darauf besinnen, wo die Ursache ihrer Rückständigkeit zu suchen ist — der christliche Wähler weiß, wo seine Chance liegt.“

Wie gesagt, so endet eine Abhandlung, die laut Vorwort „nicht Polemik, sondern ein Diskussionsbeitrag“ sein will.

Was die christliche Soziallehre nach der Auffassung bestimmter Kreise leisten soll, geht aus Formulierungen des CDU-Ministerpräsidenten DR. MEYERS von Nordrhein-Westfalen hervor, die sich in einem Vortrag vor dem 13. Jahreskongreß der Internationalen Union Christlicher Demokraten finden, der Ende Mai 1958 in Freiburg gehalten wurde. Danach ergibt sich aus der christlichen Soziallehre das „normativ bestimmte Bild der christlichen Demokratie“, die „christliche Überzeugung zum Maß demokratischer Willensbildung machen“ und „aus dem gesellschaftlichen Interessenpluralismus eine geformte Öffentlichkeit entwickeln“ will. Von einer solchen „konstitutionellen Demokratie, wie sie christlicher Soziallehre entspricht“, erwartet Meyers „die Überwindung des gesellschaftlichen Antagonismus durch die Integration in der christlichen Überzeugung“.

Solche Vorstellungen mögen hausbackener christlich-demokratischer Parteiideologie entsprechen. Die Aussagen der führenden Vertreter der christlichen Soziallehre ergeben ein ganz anderes Bild von der Bedeutung dieser Lehre. Die Mißdeutungen, die gegenwärtig im politischen Leben der Bundesrepublik an der Tagesordnung sind, haben schon kurz nach Kriegsende von maßgeblicher katholischer Seite Zurückweisung erfahren. So heißt es in dem Band „Christliche Gesellschaftslehre“ des bereits erwähnten „Wörterbuchs der Politik“ von NELL-BREUNING/SACHER unter anderem:

„Die Bezeichnung ‚christliche (katholische) Gesellschaftslehre‘ ist geradezu verhänglich. Sie ist dazu angetan, die Vorstellung zu erwecken, das Christentum besäße ein System von Normen für Bau und Ordnung der menschlichen Gesellschaft, ausgebaut zu einer wissenschaftlichen Lehre, die mit christlichen Offenbarungswahrheiten innerlich verknüpft seien, wenn nicht gar unmittelbar aus ihnen erfließen, so daß, wer diese Lehre, dieses Normensystem annehme und mit dieser Gestaltung des menschlichen Gesellschaftslebens sich einverstanden erkläre, eben damit schon zum Christentum sich bekenne.“

Bei dem Münchener Gespräch zum Thema „Christentum und demokratischer Sozialismus“ im Januar 1958 hat P. VON NELL-BREUNING den

„politischen Verwirklichern“ der christlichen Soziallehre erneut einige für sie recht unangenehme Wahrheiten entgegengehalten. Zunächst betonte er immer wieder, daß diese Soziallehre kein „monolithischer Block“, kein geschlossenes System sei, das der Katholik im Glaubensgehorsam anzunehmen habe. Es seien vielmehr auf dem Boden jener Soziallehre sehr viele Vorstellungen über die zweckmäßige Organisation der Gesellschaft möglich – mit der einzigen Maßgabe, daß man diese Vorstellungen nicht als „die“ katholische Soziallehre ausbebe. Und von „Verwirklichung der christlichen (katholischen) Soziallehre“ könne man nur in dem einen Sinne zutreffend sprechen, daß man darunter verstehe, „dem, was zum anerkannten Bestande der christlichen (katholischen) Soziallehre gehört, was ihr unverzichtbares Gemeingut ist, bei der Gestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung Rechnung zu tragen“.

Diesen „anerkannten Bestand der christlichen Soziallehre“ definierte P. VON NELL-BREUNING dann mit folgenden Worten:

„Was das Christentum über Wert und Würde der menschlichen Person, über die natürliche und übernatürliche Gottebenbildlichkeit des Menschen, über seine ewige Bestimmung lehrt, ist Gemeingut der katholischen Soziallehre. Daß das Personsein des Menschen nicht im Sinne eines atomistischen Individualismus verstanden, ebenso aber auch umgekehrt die Person nicht als Sachmittel irgendeinem Kollektivum oder Kollektivzweck geopfert werden darf, anders ausgedrückt: die Ablehnung eines prinzipiellen Individualismus oder Kollektivismus wird ebenfalls noch übereinstimmend von allen vertreten, die sich zur katholischen Soziallehre bekennen. Selbstverständlich ist das ein granitenes Fundament von stärkster Tragfähigkeit.“

Solche Formulierungen zeigen mit hinreichender Deutlichkeit, daß es abwegig ist, in der katholischen Soziallehre so etwas wie eine Parteidoktrin zu sehen mit ausgebildetem politischen Aktionsprogramm – bestimmte Lösungen für Eigentumsgesetzgebung, Kindergeld usw. –, das dann vom Katholiken mit gläubiger Hingabe politisch durchgekämpft werden müßte. In einem Aufsatz über die „Berufsständische Ordnung“ aus dem Jahre 1948 hat VON NELL-BREUNING die Aufgabe der christlichen Gesellschaftslehre folgendermaßen dargestellt:

„Sache der christlichen Gesellschaftslehre ist es, sozialphilosophische Grundsätze zu entwickeln, nicht fix und fertige Modelle zu deren Verwirklichung aus dem Baukasten zu packen . . . Die christliche Gesellschaftslehre scheut nichts mehr, als die Fata Morgana eines irdischen Paradieses vor die Menschen hinzuzaubern. Darum bleibt sie bewußt und gewollt abstrakt, verzichtet auf leichte propagandistische Erfolge

und hält streng darauf, zu bleiben, was sie in Wahrheit ist, klare, nüchterne Sozialphilosophie.“

Damit ist die Aufgabe der katholischen Soziallehre klar umrissen. Soweit sie verbindliche Lehre der Kirche ist, gibt sie dem Katholiken weder ein gesellschaftliches Landschaftsbild noch ein politisches Meßtischblatt, wohl aber gibt sie ihm die Richtung des gesellschaftlichen Wirkens an. Sie erfüllt gewissermaßen die Rolle eines Kompasses. Konkrete politische Lösungen können zwar von der katholischen Soziallehre her legitimiert werden, aber nie die Verbindlichkeit des Grundsatzes selbst erlangen. Andererseits können von den Prinzipien her gewisse Lösungen unter Umständen ausgeschlossen werden, Lösungen, die eindeutig jenen „prinzipiellen Individualismus oder Kollektivismus“ zur Grundlage haben, deren Ablehnung in der katholischen Soziallehre nach NELL-BREUNING „übereinstimmend von allen vertreten“ wird.

Es ist für die Frage des Verhältnisses des Katholiken zur Sozialdemokratie durchaus nicht uninteressant, politische Lösungen, wie sie auf vielen Gebieten von der katholischen Soziallehre vorgeschlagen werden – nicht als verbindliche Lehre, aber als von der Soziallehre her legitimiert –, zu vergleichen mit bestimmten Forderungen der sozialdemokratischen Politik. Aber an dieser Stelle ist es notwendig, vorerst eine andere Frage zu klären, die hier ihren Platz hat: Die katholische Soziallehre nimmt für sich in Anspruch, bestimmte Wege der gesellschaftlichen Ordnung für den Katholiken auszuschließen; ist dies nicht auch für den Sozialismus – als Lehre und als politische Organisation – durch die Enzyklika „Quadragesimo anno“ Pius' XI. ein für allemal geschehen?

Findet sich doch in jener Enzyklika der unerbittliche Satz:

„Der Sozialismus, gleichviel ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung, auch nachdem er in den genannten Stücken der Wahrheit und Gerechtigkeit Raum gibt, bleibt mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar – er müßte denn aufhören, Sozialismus zu sein: der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar.“

Die persönliche Konsequenz für jeden Katholiken lautet dementsprechend nach einer anderen Formulierung der Enzyklika:

„Es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein.“

„Quadragesimo anno“ und das Nein zum Sozialismus

Wir haben uns zu der Auffassung bekannt, festzustellen, wie eine Kirche zu einer politischen Partei stehe, könne nicht Aufgabe der betreffenden Partei sein. Wenn eine religiöse Autorität ein solches Nein zum Sozialismus „als Lehre, geschichtliche Erscheinung und als Bewegung“ spricht, wird ein solches Wort aber nicht nur vom Katholiken selbst sehr ernst genommen werden müssen. Die Partei, die von diesem Wort berührt wird, muß um so mehr an einer Klärung interessiert sein, als dieses Papstwort seit Jahr und Tag als Waffe im politischen Kampf eingesetzt wird — unbekümmert und ohne Differenzierung.

Man wird zunächst die Frage stellen müssen, inwieweit dieses Wort Pius' XI. aus der im Jahre 1931 veröffentlichten Enzyklika „Quadragesimo anno“ als verbindliche und unwiderrufliche „Verurteilung“ des Sozialismus und der sozialistischen Parteien gemeint ist. Wie steht es mit der Tragweite päpstlicher Erklärungen?

Auf diese Frage wurde kürzlich in einem mit kirchlicher Druckerlaubnis und einer Einleitung von Kardinal FRINGS versehenen Buch, das Ansprachen und Rundschreiben des verstorbenen Papstes Pius XII. wiedergibt (FISCHER-BÜCHEREI, Bd. 269, „Pius XII. sagt“), eine Antwort gegeben, die unter der Überschrift „Vom Umgang mit Papstworten“ steht, und wo es unter anderem heißt:

„Unter all den Texten, die dieser Band bringt, ist keine einzige Ex-Cathedra-Entscheidung Pius' XII., in der er seine unfehlbare Lehrautorität in Anspruch nimmt und demgemäß die Gläubigen zu einem schlechthin unwiderruflichen Glaubensakt bindet . . . Was in den Rundschreiben (Enzykliken) gelehrt wird, will demgemäß, wo es zu einer bislang noch ‚offenen‘ Frage der Theologie Stellung nimmt, normalerweise nicht als ‚definitive‘ Entscheidung des Papstes verstanden sein. Aber über diese negative Feststellung hinaus ist zu betonen, daß es für den Katholiken dennoch Ausdruck der vom Gottesgeist geleiteten Lehrmacht des Papstes ist und vom gläubigen Katholiken eine religiöse und innerliche Zustimmung fordert, die freilich nicht jene Unwiderruflichkeit zu eigen hat, wie sie Glaubensdefinitionen zukommt. Diese geforderte innerliche Zustimmung bezieht sich aber ihrerseits nur auf den eigentlichen Lehrgehalt, nicht auf alles andere, was nur Rahmen ist (Erläuterungen, Beweisgänge usw.).“

Diese Äußerung zeigt das ganze Gewicht, das von katholischer Seite den päpstlichen Enzykliken beigemessen wird. Aber sie betont auch, daß die

geschuldete Zustimmung nicht unwiderruflich ist, und daß in Enzykliken getroffene Entscheidungen nicht schlechthin „definitiv“, das heißt endgültig zu sein brauchen. Es bleiben hier offenbar Entwicklungen möglich, dadurch etwa, daß die kirchliche Lehre selbst weiterentwickelt wird — wie das etwa bezüglich der Wirtschaft und des sozialen Bereiches zwischen „Rerum novarum“ (Leo XIII., 1891) und „Quadragesimo anno“ (Pius XI., 1931) deutlich wahrzunehmen ist —, oder daß sich der untersuchte und beurteilte Gegenstand ändert, oder daß schließlich beide sich wandeln.

Einen solchen Schluß muß man auch ziehen aus der Art und Weise, wie päpstliche Enzykliken von katholischer Seite gehandhabt werden. Schon das Verständnis solcher Rundschreiben scheint bei den Katholiken je nach ihrem geistigen und gesellschaftlichen Standort sehr verschieden. Erst recht werden regelmäßig sehr unterschiedliche Schlußfolgerungen aus päpstlichen Verlautbarungen gezogen. So ist es durchaus möglich, daß eine Enzyklika oder Teile derselben einem „Komplott des Schweigens“ begegnen — wie P. VON NELL-BREUNING unter Bezug auf „Quadragesimo anno“ und bestimmte dort im Namen der katholischen Soziallehre erhobene Forderungen erklärte.

Aus der Verurteilung des freien Wettbewerbs als regulativen Prinzips der Wirtschaft — „Grundirrtum“ formuliert die Enzyklika an dieser Stelle —, ist keineswegs gefolgert worden, daß ein Katholik politische Parteien nicht unterstützen dürfe, für die das Bekenntnis zu freiwirtschaftlichen Prinzipien wesentlicher Bestandteil des politischen Programms ist. Die Aufwertung des wirtschaftlichen Liberalismus in der Bundesrepublik durch eine maßgeblich von Katholiken getragene Partei hat auch die deutschen Bischöfe in keiner Weise veranlaßt, etwa unter Berufung auf „Quadragesimo anno“ Bedenken gegen die Wahl einer solchen Partei geltend zu machen.

Andererseits werden die auf den Sozialismus „als Lehre, geschichtliche Erscheinung und als Bewegung“ bezogenen Teile der genannten Enzyklika von katholischer Seite häufig als unwiderrufliche und endgültige Stellungnahme der päpstlichen Autorität dargestellt — mit den daraus sich ergebenden ebenso „eindeutigen“ politischen Schlußfolgerungen.

„Von katholischer Seite“ — nicht von seiten des kirchlichen Lehramtes oder von katholischen Theologen, die speziell über diese Fragen ihre Überlegungen anstellen.

Seit der Veröffentlichung der Enzyklika „Quadragesimo anno“ sind bald dreißig Jahre vergangen. Wenn die „Verurteilung des Sozialismus“ und seiner politischen Organisationen durch diese Enzyklika tatsächlich so eindeutig und unwiderruflich gemeint ist, kann man wohl mit Recht

die Frage stellen, warum das kirchliche Lehramt nicht inzwischen auch eindeutige Klarheit geschaffen hat — etwa durch ein entsprechendes Dekret des Heiligen Offiziums, welches nach dem Muster des Kommunismus-Dekretes vom 1. Juli 1949, das am 15. April des Jahres 1959 erneut bekräftigt wurde, dem Katholiken eindeutig jede Unterstützung sozialistischer Parteien, Jugend- und sonstigen Organisationen untersagte? Denn es dürfte doch auch für die Kirche eine unbefriedigende Situation sein, daß französische Jesuiten freimütig erklären, sie hätten sozialistisch gewählt, während 600 Kilometer weiter — in Holland — Katholiken wegen des gleichen Verhaltens von ihren Bischöfen mit kirchendisziplinarischen Maßnahmen bedroht werden.

Ein solches Dekret zum Verbot der Mitgliedschaft in sozialistischen Parteien oder der Unterstützung des Sozialismus ist aber von seiten des Heiligen Stuhles nie erlassen worden. Und schon die Enzyklika „Quadragesimo anno“, die bereits einen ganzen Abschnitt den „Wandlungen des Sozialismus“ widmet, läßt ausdrücklich die Möglichkeit weiterer Entwicklungen offen. Diese Feststellung ist wiederum nicht etwa von der Sozialdemokratischen Partei getroffen, sondern von dem maßgeblichen theologischen Interpreten jener Enzyklika, P. VON NELL-BREUNING. In dem „Wörterbuch der Politik“, das bereits mehrfach erwähnt wurde, schreibt er zu dieser Frage:

„Das Verdikt der Unvereinbarkeit von Sozialismus und katholischer Lehre ist nun aber mit einer bedeutsamen Klausel versehen; sie lautet: *si vere manet socialismus*, in der deutschen Übersetzung etwas frei, aber streng sinngetreu wiedergegeben mit: *immer unvereinbar — er müßte denn aufhören, Sozialismus zu sein*.“

Die Frage, die sich im Rahmen des Themas „Der Katholik und die SPD“ jetzt stellt, kann nur lauten: welchen Sozialismus verurteilt denn nun die Enzyklika eigentlich? Was sind seine Merkmale? Welche Beziehung besteht zwischen einem solchen „Sozialismus“ und den politischen Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands?

Ähnlich lautet an dieser Stelle auch die Fragestellung von NELL-BREUNING, der wörtlich fortfährt:

„Das stellt uns mit aller Schärfe vor die Frage: wer ist *vere nominis socialista*, *wirklicher Sozialist*? Was gehört dazu, daß der Sozialismus *vere manet socialismus* (echter Sozialismus bleibt), bzw. wann hätte er im Sinne der Enzyklika *aufgehört, Sozialismus zu sein*?“

Die Frage wird von NELL-BREUNING sehr klar beantwortet:

„Nachdem in Ziff. 118/119 genauestens bezeichnet ist, was den Sozialismus zu *echtem Sozialismus* macht, liegt die Antwort auf der Hand: alles steht und fällt mit der dort eindeutig umschriebenen Auffassung

von der gesellschaftlichen Wesensanlage des Menschen und von der menschlichen Gesellschaft. Wer diese in Ziff. 118/119 gekennzeichnete Auffassung hält, der ist Sozialist im Sinne der Enzyklika, dessen Sozialismus ist als mit der katholischen Lehre unvereinbar abgelehnt . . . Wer weder ausdrücklich und bewußt (*explicite*) noch einschlußweise (*implicite*) die in dem Rundschreiben als sozialistisch gekennzeichnete Auffassung von der gesellschaftlichen Wesensanlage des Menschen und von der menschlichen Gesellschaft hält, ist im Sinne der Enzyklika nicht *vere nominis socialista*, kein *wirklicher Sozialist*.“

„Die in dem Rundschreiben als sozialistisch gekennzeichnete Auffassung . . .“ Was versteht die Enzyklika „Quadragesimo anno“ in ihren Abschnitten 118 und 119 unter Sozialismus? Hier lautet die entscheidende Stelle:

„Er (der Sozialismus) sieht in der Gesellschaft lediglich eine Nutzveranstellung. Da die Erzeugung der irdischen Güter arbeitsteilig erfolgreicher vor sich geht, als wenn jeder für sich allein darin versuchen wollte, müsse die Wirtschaft, die als reines Gütergeschehen aufgefaßt wird, gesellschaftlich betrieben werden. Um dieser sachlich gegebenen Notwendigkeit willen müßten die Menschen in bezug auf die Gütererzeugung sich ganz der Gesellschaft hingeben und unterordnen. Ja, die möglichst beste Versorgung mit all dem, was der Annehmlichkeit des irdischen Lebens dienen kann, erscheint so sehr als das höchste aller Güter, daß hier bedenkenlos die höheren Güter des Menschen, nicht zuletzt das Gut seiner Freiheit, geopfert werden in restloser Unterordnung unter die Sachnotwendigkeiten der absolut rationalsten Gütererzeugung. Die Entschädigung für dieses Opfer seiner menschlichen Persönlichkeit im vergesellschafteten Wirtschaftsprozeß soll der Mensch leicht und reichlich finden in der überströmenden Güterfülle, die als sein Anteil am Ertrag dieses vergesellschafteten Wirtschaftsprozesses ihm ausgeschüttet wird, deren er alsdann, wie immer es ihm beliebt, zur Annehmlichkeit und Verschönerung des Daseins in voller Freiheit genießen mag. Während so die sozialistische Gesellschaft auf der einen Seite ohne ein Übermaß von Zwang weder vorzustellen noch durchzuführen ist, huldigt sie auf der anderen Seite einer nicht minder falschen Freiheitsidee.“

Das ist die sozialistische Gesellschaftsauffassung, wie sie „Quadragesimo anno“ versteht und verurteilt als auf „immer unvereinbar“ mit christlicher Gesellschaftsauffassung. Wer nicht diese Auffassung von der Wesensgrundlage des Menschen und der Gesellschaft hat, ist — kein „wirklicher Sozialist“ im Sinne der päpstlichen Enzyklika, bzw. hat es „aufgehört zu sein“.

Die erste Reaktion eines Sozialisten auf solche Sätze, auf dieses Sozialismus-Bild kann nur grenzenlose Verblüffung sein! — „Gesellschaft

lediglich eine Nutzveranstaltung“, „Wirtschaft reines Gütergeschehen“, dem die höheren Güter des Menschen „bedenkenlos geopfert“ werden, einschließlich der Freiheit, die kompensiert werden soll durch „überströmende Güterfülle“, die der Mensch „zur Annehmlichkeit und Verschönerung seines Daseins“ in einer falsch verstandenen Freiheit genießen soll?

Das ist das Gesellschaftsbild des Kapitalismus in einer bestimmten Epoche! Ja, dieses Bild mag in Einzelheiten auf Zustände zutreffen, wie sie sich unter christlich-neoliberalen Vorzeichen in der Bundesrepublik breitgemacht haben und eine materialistische „Ethik des Lebensstandards“ begründeten. Man könnte auch einen Augenblick lang an den Kommunismus Chruschtschows denken, der mit den Produktionsanstrengungen zur Erhöhung des materiellen Standings der sowjetischen Gesellschaft seinem System neuen Daseinsinhalt und neue Werbekraft geben möchte. Aber Sozialismus?

Heute und für den Sozialismus, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands repräsentiert, genügt die schlichte und einfache Feststellung:

Der „Sozialismus“, von dem „Quadragesimo anno“ spricht, ist nicht nur mit christlicher, sondern auch mit sozialistischer Gesellschaftsauffassung unvereinbar.

Und hier, das heißt in eigener Sache, hat eine politische Bewegung das Recht zu Feststellungen, denen Legitimität und Autorität zukommen.

Wir werden nun nicht den oben aufgestellten Grundsatz verleugnen, daß eine Partei dem Katholiken nicht die Entscheidung eines Problems abnehmen kann, das ihm von seiner Kirche gestellt wird. Aber wenn die Sozialdemokratie in der Ablehnung der in „Quadragesimo anno“ als „Sozialismus“ gekennzeichneten Auffassung mit der Enzyklika übereinstimmt, dann kann sie – in logischer Schlußfolgerung und nach den in der Enzyklika selbst aufgestellten Beurteilungsmaßstäben – von dem in „Quadragesimo anno“ ausgesprochenen „Nein zum Sozialismus“ nicht betroffen werden.

Damit fällt ein fundamentales Argument von katholischer Seite gegen die SPD in sich zusammen. Wer heute die Sozialdemokratie von „Quadragesimo anno“ her kritisiert und verurteilt, mag persönlich in gutem Glauben handeln. Objektiv geschieht hier nichts anderes, als daß eine päpstliche Enzyklika im politischen Kampf mißbraucht wird. Wie die Kirche selbst solchen Mißbrauch beurteilt, geht aus dem oben Gesagten hervor.

Das höchste kirchliche Lehramt ist also nicht mehr im Spiel, wenn über das Verhältnis von Katholik und SPD diskutiert wird! Es liegt kein

Dekret des Heiligen Offiziums gegen die sozialistischen Parteien vor, und auch aus der Enzyklika „Quadragesimo anno“ kann eine Verurteilung der Sozialdemokratischen Partei nicht gefolgert werden.

Die Untersuchung zeigt aber, wie notwendig gewisse Klarstellungen sind über das, was die Motive und Zielsetzungen sozialistischer Aktion sind.

Sozialistische Gesellschaftsauffassung heute

Das Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie ergibt sich aus den beschlossenen politischen Programmen und aus richtungweisenden Erklärungen der Männer und Frauen, die die SPD in führender Stellung repräsentieren. Der Katholik, der die SPD nicht aus politischen Gründen ablehnt, sondern aus religiösen Bedenken nicht den Weg zu ihr finden zu können glaubt, wird von solchen Erklärungen Kenntnis nehmen müssen, wenn es ihm um ernste Auseinandersetzung zu tun ist und er sich nicht in falsche Alternativen einschließen lassen will.

Der Katholik wird sich, wenn es ihm um ernste Auseinandersetzung zu tun ist, mit dem heutigen Selbstverständnis des Sozialismus auseinandersetzen müssen, nicht mit dem des Sozialismus von vor fünfzig oder hundert Jahren. Nicht etwa, weil der Sozialismus seine Vergangenheit leugnen wollte, die ihn schließlich zur großen geschichtlichen Bewegung gemacht hat. Wohl aber, weil der Sozialismus eine Geisteshaltung ist, die es nicht ablehnt, aus geschichtlichen Erfahrungen zu lernen und die politischen Zielsetzungen an der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu überprüfen.

An dieser Stelle ist es notwendig, die Grundlinien sozialistischer Gesellschaftsauffassung darzustellen, die das Handeln der Sozialdemokratischen Partei bestimmen.

In der kulturpolitischen Erklärung der SPD aus dem Jahre 1947, die als „Ziegenhainer Erklärung“ bekannt geworden ist, finden sich folgende Sätze:

„Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie und ihre Voraussetzungen, den Sozialismus, um des Menschen willen . . . Sie anerkennt die geistige Freiheit des Menschen und seine sittliche Verantwortlichkeit als gestaltende Faktoren auch des geschichtlichen Prozesses. Sie

kämpft für ihre letzten politischen Ziele nicht allein in Verfolgung der ökonomischen Entwicklung oder aus Gründen der materiellen Zweckmäßigkeit, sondern um der Würde des Menschen willen."

Das 1952 in Dortmund beschlossene und auf dem Parteitag von Berlin im Jahre 1954 erweiterte „Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ präziserte diese Gedanken:

„Eine neue Gesellschaft, die nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, fällt uns nicht durch einen gesetzmäßigen Ablauf der Geschichte zwangsläufig in den Schoß. Nur durch zielklares und verantwortungsbewusstes Handeln können wir uns eine bessere Gesellschaft erkämpfen. Im Kampf gegen die sittliche Verflachung und den materialistischen Ungeist unserer machthungrigen und profitgierigen Zeit ist der sozialistischen Bewegung auch eine große sittliche und pädagogische Aufgabe gestellt.“

Als gemeinsames Ziel der Sozialisten wird in dem genannten Aktionsprogramm „eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens“ gefordert.

Die auf dem Stuttgarter Parteitag vom Mai 1958 angenommene Entschließung „Kultur und Politik“ formuliert zu diesem Thema:

„Der demokratische Sozialismus sieht zwar in der Überwindung auch der materiellen Not und in der Sicherung der Wohlfahrt eine entscheidende Voraussetzung für die kulturelle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, nicht aber sein Ziel. Das Herzstück seiner Ideen ist die Liebe zum Menschen, das Bekenntnis zur Gerechtigkeit und der Wille zu einer sittlichen Ordnung der Welt in Freiheit.“

Eine so gekennzeichnete Auffassung von der Gesellschaft hat ganz offenbar auch nicht das geringste mit Vorstellungen zu tun, die „in der Gesellschaft lediglich eine Nutzveranstaltung“ sehen. Sie ist vielmehr in allen Punkten deren ausgesprochenes Gegenteil. Ebenso wenig handelt es sich hier um eine Gesellschaft, in der die Gütererzeugung höchster Zweck ist, dem „in restloser Unterordnung“ alle höheren Güter des Menschen geopfert werden müssen.

Wie sehr in diesem Fragen nicht nur kein Gegensatz zwischen katholischer Soziallehre und sozialistischer Gesellschaftsauffassung besteht, sondern eine ausgesprochene Bundesgenossenschaft, darauf hat auf der Münchener Tagung von 1958 zum Thema „Christentum und demokratischer Sozialismus“ Prof. Dr. Gerhard WEISSER in seinem Referat hingewiesen. Er erklärte unter anderem:

„Der Sinn des Wirtschaftens wird stets von einer Mehrzahl von positiven und negativen Interessen bestimmt und ergibt sich demgemäß aus

verschiedenen außerökonomischen Grundentscheidungen. Unser mit dem Leitbild der katholischen Soziallehre vielfach verwandtes Leitbild des heutigen Menschen besagt, daß das auch so sein sollte . . . Primär interessiert natürlich das Ergebnis der Wirtschaft an Gütern, und hier stehen wir nun vor einer politischen Regel, die heute fast wie ein Dogma geäußert wird: selbstverständlich solle die Wirtschaft das Maximum an Sozialprodukt liefern, das sei ihr Ziel. In dem ersten Ausschuß zur wirtschaftspolitischen Beratung des Parteivorstandes, kurz vor dem hannoverschen Parteitag im Februar 1946, wurde ein vorläufiges Wirtschaftsprogramm erarbeitet, das demgegenüber die Formel enthielt: *Nicht Maximum, sondern Optimum an Sozialprodukt!* Kulturell bestimmtes Optimum! Das Maximum kann ja so verstanden werden, als ob das Maximum an Güterversorgung ohne Rücksicht auf entstehende geistige Unwerte erstrebt werden sollte. Diese Unwerte und das Ausbleiben gewisser mit dieser extremen Größe unvereinbarer positiver Werte des Wirtschaftsvollzuges vertragen sich nicht mit dem von ihnen und uns bejahten Leitbild vom Menschen.“

Als der Sozialismus Protest gegen bitterstes menschliches Elend und Entwürdigung durch materielle Not war, mußte sich sozialistische Aktion auf die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse richten. Er wird dies weiter tun müssen überall dort und insoweit Menschen durch materielle Not entwürdigt und vom Zugang zu den höheren Gütern abgeschnitten werden. Das scheint uns auch Meinung der katholischen Lehre zu sein, deren Moraltheologen darauf hinweisen, daß der Mensch – von heroischen Einzelfällen abgesehen – nur dann sittlich leben kann, wenn er sich „nicht dauernd mit Existenzsorgen abquälen muß“ (Welty).

Wenn heute der Sozialismus dort, wo Massenelend nicht mehr besteht, sich gegen eine neue Art der Entwürdigung wendet, die dem Menschen zum Beispiel durch die Konsumenten-Dressur einer neokapitalistischen Wirtschaft materiellen Komforts droht, zeigen sich um so deutlicher die sittlichen Impulse, die im Sozialismus wirksam sind.

Je mehr also der Kampf gegen übermächtige materielle Not abgelöst wird durch den Kampf gegen die Entwürdigung des Menschen unter neuen Formen, desto klarer und unübersehbarer tritt das sittliche Motiv sozialistischen Handelns hervor. Im Vorwort einer Broschüre, die eine Übersicht über Programme der Deutschen Sozialdemokratie von 1863 bis 1925 gibt und im November 1958 erschienen ist, schreibt WILLI EICHLER:

„Die Beleidigung der Würde des Menschen durch eine in der gesellschaftlichen Organisation fundierte Ausbeutung seiner geistigen und

physischen Kräfte war immer der große Impuls für den Kampf um die Gleichberechtigung und um die Freiheit für alle."

Die „Würde des Menschen“ ist aber auch ein Zentralbegriff der katholischen Soziallehre, und in demselben Maße, in dem die Kirche von der Realität des fundamentalen Unrechts in der kapitalistischen Gesellschaft Kenntnis nahm, hat die katholische Soziallehre ihre Kritik an dieser Gesellschaftsordnung verschärft. Auf die Gemeinsamkeiten zwischen sozialistischer Auffassung und katholischer Soziallehre wies PROF. WEISSER bei dem Münchener Gespräch mit den Worten hin:

„Dem ökonomischen Liberalismus stehen wir vielfach in der gleichen Kampfstellung gegenüber wie die katholische Soziallehre.“

Sozialistische Sozialvorstellungen und katholische Soziallehre

Diese „vielfach gleiche Kampfstellung“ ist schon oft beschworen worden. Immer wieder ist auch von „Annäherungen“ die Rede. In der tagespolitischen Polemik gerät dieser in den ersten Nachkriegsjahren allgemein bekannte Tatbestand zunehmend in Vergessenheit. Auch hier gibt es so etwas wie ein „Komplott des Schweigens“, das es im Interesse notwendiger Begegnung zu durchbrechen gilt.

Es scheint daher notwendig, die oft beschworenen Übereinstimmungen zwischen sozialistischen Sozialvorstellungen und katholischer Soziallehre wieder einmal „aktenkundlich“ zu machen. Dies soll geschehen durch eine Gegenüberstellung von sozialistischen Aussagen über Wirtschaft und Gesellschaft mit Aussagen der katholischen Soziallehre, wie sie in dem päpstlichen Rundschreiben „Quadragesimo anno“ niedergelegt ist.

1. Tatsache der Klassengesellschaft

„Bis zur Stunde dauert ja der unnatürlich-gewaltsame Zustand der Gesellschaft fort und ermangelt infolgedessen der Dauerhaftigkeit

„Der Kapitalismus hat seit dem 19. Jahrhundert ungeheure Produktivkräfte entwickelt. Gleichzeitig hat er die große Mehrheit des

und Festigkeit; ist doch die heutige Gesellschaft geradezu aufgebaut auf der Gegensätzlichkeit der Interessenlagen der Klassen und damit auf dem Gegensatz der Klassen selbst, der allzuleicht in feindseligen Streit ausartet.“

(„Quadragesimo anno“, 82.)

Volkes vom Einfluß auf die Gestaltung der Produktion ausgeschlossen. Er hat die Eigentumsrechte über die Menschenrechte gestellt. Er schuf eine neue Klasse der Lohnarbeiter ohne Eigentum und ohne soziale Rechte. Er verschürfte den Kampf der Klassen.“

(Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus. Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 3. Juli 1951.)

2. Wettbewerbsfreiheit und Marktwirtschaft

„So wenig die Einheit der menschlichen Gesellschaft gründen kann auf der Gegensätzlichkeit der Klassen, ebensowenig kann die rechte Ordnung der Wirtschaft dem freien Wettbewerb anheimgegeben werden. Das ist ja der Grundirrtum der individualistischen Wirtschaftswissenschaft, aus dem all ihre Einzelirrtümer sich ableiten: in Vergessenheit oder Verkennung der gesellschaftlichen wie der sittlichen Natur der Wirtschaft glaubte sie, die öffentliche Gewalt habe der Wirtschaft gegenüber nichts anderes zu tun, als sie frei und ungehindert sich selbst zu überlassen; im Markte, d. h. im freien Wettbewerb; besitze diese ja ihr regulatives Prinzip in sich, durch das sie sich viel vollkommener selbst reguliere, als das

„Der moderne Staat beeinflusst die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. Mehr als ein Drittel des Sozialprodukts geht auf diese Weise durch die öffentliche Hand. Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Me-

Eingreifen irgendeines geschaffenen Geistes dies je vermöchte. Die Wettbewerbsfreiheit — obwohl innerhalb der gehörigen Grenzen berechtigt und von zweifellosem Nutzen — kann aber unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein. Die Erfahrung hat dies... bis zum Übermaß bestätigt."

(„Quadragesimo anno“, 88.)

Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken. Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie möglich — Planung soweit wie nötig."

(Grundsatzprogramm der SPD.)

3. Vermachtung der Wirtschaft und ihre Folgen

„Der freie Wettbewerb hat zu seiner Selbstaufhebung geführt; an die Stelle der freien Marktwirtschaft trat die Vermachtung der Wirtschaft; das Gewinnstreben steigerte sich zum zügellosen Machtstreben... Solch gehäufte Macht führt ihrerseits wieder zum Kampf um die Macht, zu einem dreifachen Kampf: zum Kampf um die Macht innerhalb der Wirtschaft selbst; zum Kampf sodann um die Macht über den Staat, der

„Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft:

Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über

selbst als Machtfaktor in den wirtschaftlichen Interessenkämpfen eingesetzt werden soll; zum Machtkampf endlich der Staaten untereinander..."

(„Quadragesimo anno“, 109, 108.)

Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher.

Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind.

Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden."

(Grundsatzprogramm der SPD.)

4. Privateigentum und Gemeineigentum

„Die Verteilung der Erdengüter, die heute durch den ungeheuren Gegensatz von wenigen Überreichen und einer unübersehbaren Masse von Eigentumslosen aufs schwerste gestört ist, . . . (muß) wieder mit den Forderungen des Gemeinwohls bzw. der Gemeinwohlgerechtigkeit in Übereinstimmung gebracht werden . . . Darum ist mit aller Macht und Anstrengung dahin zu arbeiten, daß wenigstens in Zukunft die neugeschaffene Güterfülle nur in einem billigen Verhältnis bei den besitzenden Kreisen sich anhäufe, dagegen in breitem Strome der Lohnarbeiterschaft zufließe . . . damit der Arbeiter . . . der Daseinsunsicherheit, die so recht Proletarierschicksal ist, überhoben, nicht bloß den Wechselfällen des Lebens gerüstet gegenüberstehe, sondern noch über dieses Leben hinaus die beruhigende Gewißheit habe, daß seine Hinterbliebenen nicht ganz unversorgt dastehen.“
(„Quadragesimo anno“, 58, 61.)

„Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik.

Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt. Das ist nicht nur die Folge massenhafter Vermögensvernichtung durch Krise, Krieg und Inflation, sondern im wesentlichen die Schuld einer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Einkommens- und Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögenslosen benachteiligt hat.

Die Sozialdemokratische Partei will Lebensbedingungen schaffen, unter denen alle Menschen in freier Entschließung aus steigendem Einkommen eigenes Vermögen bilden können. Das setzt eine stetige Erhöhung des Sozialprodukts bei gerechter Verteilung voraus.

Die Lohn- und Gehaltspolitik ist ein geeignetes und notwendiges Mittel, um Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen.

Geeignete Maßnahmen sollen dafür sorgen, daß ein angemessener Anteil des ständigen Zuwachses am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breit gestreut oder gemeinschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben

privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben, vor allem Wissenschaft, Forschung und Erziehung, in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kultur nation unwürdig ist . . .

Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.“

(Grundsatzprogramm der SPD.)

„Der freie Wettbewerb, innerhalb der gehörigen Schranken gehalten, mehr noch die wirtschaftliche Macht, sind der öffentlichen Gewalt in allem, was deren Amtes ist, entschieden unterzuordnen . . . Mit vollem Rechte kann man ja dafür eintreten, bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte übergroße Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privathänden nicht überantwortet bleiben kann.“

(„Quadragesimo anno“, 110, 114.)

„In der Tat erweist die Geschichte — das sind unsere eigenen Worte — daß, wie die übrigen grundlegenden Bestandstücke des gesellschaftlichen Lebens, so auch das Eigentum nicht unwandelbar ist.“

(„Quadragesimo anno“, 49.)

„Der Staat als oberste ordnende Gewalt hat die Pflicht, die Gemeinschaft gegenüber den Machtansprüchen eigennütziger Interessengruppen zu schützen. Er soll aber nur eingreifen, soweit das öffentliche Interesse dies erfordert. Darum sind Ausmaß und Formen der öffentlichen Kontrolle von der Macht und der Bedeutung der zu kontrollierenden Unternehmungen und Unternehmensvereinigungen abhängig . . . In diesen begrenzten Bereichen der Wirtschaft ist Gemeineigentum ein legitimes, unverzichtbares Ordnungsmittel demokratischer Gemeinwesen. Gemeineigentum steht nicht im Widerspruch zur Anerkennung des Privateigentums. Gemeineigentum tritt an die Stelle des Privateigentums, wo dieses seine gesellschaftliche Funktion nicht erfüllt.“

(Entschließung: „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft“ des Stuttgarter Parteitages der SPD, Mai 1958.)

5. Aufgaben des Staates

„Die Staatsgewalt betreffend, setzte sich LEO XIII. über die von der liberalen Staatslehre aufgerichteten Schranken kurzerhand hinweg. Dieser Staatsauffassung, die im Staat nur den Wächter der Rechtsordnung erblicken will, setzte Leo unbeirrt die Lehre vom Rechts- und Wohlfahrtsstaat entgegen: durch richtige Gestaltung der gesamten gesetzlichen und sachlichen Einrichtungen müßten allgemeine Wohlfahrt wie auch Wohlfahrt des einzelnen als natürliches Ergebnis der Verfassung und Verwaltung des Staates sich einstellen.“

(„Quadragesimo anno“, 25.)

„Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“ (Subsidiaritätsprinzip.)

(„Quadragesimo anno“, 79.)

„Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Eigeninteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.“

(Grundsatzprogramm der SPD.)

„Der Staat als oberste ordnende Gewalt hat die Pflicht, die Gemeinschaft gegenüber den Machtansprüchen eigennütziger Interessengruppen zu schützen. Er soll aber nur eingreifen, soweit das öffentliche Interesse dies erfordert.“

(Entschliebung: „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft“ des Stuttgarter Parteitages der SPD, Mai 1958.)

„Das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen sind dem Staate vorgegeben. Jeder Bürger hat die Überzeugung seiner Mitmenschen zu achten. Der Staat ist verpflichtet, die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern.“

Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, daß der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann. Die Grundrechte sollen nicht nur die Freiheit

des einzelnen gegenüber dem Staat sichern, sie sollen als gemeinschaftsbildende Rechte den Staat mitbegründen.

Als Sozialstaat hat er für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern.“

(Grundsatzprogramm der SPD.)

Die Beispiele für übereinstimmende Gedankengänge ließen sich fortsetzen. Wir haben uns bewußt darauf beschränkt, auf Gemeinsamkeiten in der Beurteilung der Tatbestände der gegenwärtigen Gesellschaft hinzuweisen und gewisse prinzipielle Aussagen miteinander zu vergleichen. Mehr zu tun, dürfte nicht nötig und auch nicht möglich sein. Denn ebenso wie die katholische Soziallehre nur verbindlich sein will, wo Prinzipien ausgesprochen werden, so sind auch vom sozialistischen Denken her in Einzelfragen sehr verschiedene Lösungen möglich. Zur Erörterung des Verhältnisses von Katholik und SPD kommt es aber vor allem auf eine Konfrontierung der grundsätzlichen Auffassungen an. Übereinstimmung in Rand- oder Einzelfragen gibt es schließlich zwischen allen Auffassungen oder Gruppierungen, ohne daß dadurch wirkliche Gemeinsamkeit begründet wäre.

Für viele Katholiken liegt nun aber heute der entscheidende Gegensatz von katholischer Kirche und Sozialdemokratie gar nicht mehr in bestimmten gesellschafts- oder sozialpolitischen Auffassungen — hier beeilt man sich gelegentlich, sehr erfreut „große Übereinstimmung“ festzustellen. Entscheidend sei vielmehr das Verhältnis der Sozialisten zur Religion, genauer gesagt zu den Kirchen. Es scheint so, daß sich vor allem eine bestimmte Art von Katholiken, die ihre eigene Kirche mehr und mehr „politisch“ verstehen, eine sozialistische Partei kaum anders als eine Art „Gegenkirche“ vorzustellen vermögen. Aber auch für die Gutwilligen auf beiden Seiten gehört das Problem „Sozialismus und Kirchen“ zu den Fragen, die trotz einer bereits lange währenden Diskussion noch nicht bewältigt scheinen.

Sozialdemokratie und Kirche

Über die Ursachen des historischen Mißverständnisses zwischen einer Bewegung, die aus dem Protest der Armen und Geknechteten erwachsen ist, zu den Verwaltern der Lehre Christi, die die Armen und Geknechteten selig preist, gibt es heute kaum noch Meinungsverschiedenheiten. In dem mehrfach erwähnten Münchener Gespräch charakterisierte der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Waldemar VON KNOERINGEN, diese Ursachen in sehr zutreffender Weise:

„Die zum Selbstbewußtsein erwachende Industriearbeiterschaft hat den Kampf um ihre Menschenrechte ohne Hilfe anerkannter Autoritäten aus Eigenem heraus beginnen müssen. Ihre physische Not, ihre Sehnsucht, Mensch zu sein, mußte in einer Umwelt, die die Ausbeutung von Menschen als moralisch gerechtfertigt anzuerkennen schien, zu einer feindlichen Haltung gegen Staat und Gesellschaft führen. In jener Zeit verbreiteten sich im liberalen Bürgertum die Ideen des philosophischen Materialismus, die in einem grenzenlosen Fortschrittsglauben ihren weltanschaulichen Ausdruck fanden. Die Sozialisten von damals hatten ihre naturwissenschaftlichen Lehrbücher in der Tasche, und in Lesezirkeln folgten sie dem naturwissenschaftlich-technischen Siegeszug in seinen Anfängen. Was Wunder, daß sie von einer materiellen Entwicklung das Heraufkommen einer neuen Gesellschaftsordnung und auch ihre Erlösung aus materieller Not erhofften.“

Zu diesen geistesgeschichtlichen Ursachen gesellten sich noch solche politischer Art. VON KNOERINGEN sagt dazu:

„Es ist ebenfalls eine Tatsache, daß damals die politischen Exponenten der Kirchen in Deutschland fast ausschließlich mit den konservativen besitzbürgerlichen Gruppen sympathisierten... Die Gleichsetzung von Kirche und Staat als den größten Autoritäten der Zeit stärkte dann auch die Überzeugung, daß nur im Kampf gegen sie die soziale Gerechtigkeit zu erringen war. Ein Christentum, das durch sein Verhalten anscheinend das Unrecht tolerierte, konnte auch in den Augen des Arbeiters keine wahre christliche Religion sein. Damit wurde auch der Begriff der ‚Religion‘ diskreditiert.“

Auch als im Jahre 1891 die Enzyklika „Rerum novarum“ erschien, die deutlich machte, daß die katholische Kirche den Prozeß der sozialen Umwälzung zur Kenntnis genommen hatte und sich für die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung aussprach, konnte — nach den Worten VON KNOERINGENS — „der entstandene Graben nicht mehr ohne weiteres gefüllt werden, noch dazu, da sich der Geist dieser Verkündigung kaum in der politischen Praxis auswirkte“.

Das Letztgesagte bestätigt auch die Enzyklika „Quadragesimo anno“, die von den Lehren LEO' XIII. sagt:

„In der Tat fand die hochherzige und hochsinnige Lehre des Papstes, die für die Welt etwas Unerhörtes war, auch bei Katholiken hier und da eine zweideutige und vereinzelt sogar eine ablehnende Aufnahme.“

So ist das Verhältnis von Sozialismus und katholischer Kirche „ein langer Weg von Gegensätzlichkeiten und heftigen Auseinandersetzungen, von falschen Behauptungen, von Härte und Verhärtung gewesen, der durch Jahrzehnte gegangen worden ist“, wie VON KNOERINGEN formuliert.

Aber auf beiden Seiten hat das definitive Mißtrauen längst aufgehört zu bestehen. Die Stunde einer Verständigung ist nähergekommen. Die gegenseitige Achtung wächst, und auch da, wo man die Gegensätze noch immer für unüberbrückbar hält, bescheinigt man sich gegenseitig Ernst und guten Willen. Das ist sehr viel. Denn es befähigt zur sachlichen Diskussion, für die nicht zuletzt das Münchener Gespräch ein hervorragendes Beispiel war.

Wenn dabei von katholischer Seite immer wieder auf „Klarheit in den Grundproblemen“ (Gundlach) gedrungen wird, so kann die Sozialdemokratie nur antworten, daß dies auch ihr Anliegen ist. Nur darf natürlich niemand erwarten, daß eine bestimmte Einstellung zu Religion und Kirche in einer demokratischen Partei durch Vorstands- oder Parteitagbeschuß kommandiert werden kann. Das wird umgekehrt auch niemand von einer Kirche erwarten können, selbst wenn sie — wie die katholische — auf Grund ihrer hierarchischen Struktur ihre Gläubigen weitgehend verpflichten kann.

Zu dem „Grundproblem“ des Verhältnisses von Sozialismus und Religion hat die SPD in den letzten Jahrzehnten eine immer deutlicher ausgeprägte Stellungnahme entwickelt. Und dies in doppelter Hinsicht: einmal durch eine immer eindeutigeren Absage an Vorstellungen vom Sozialismus als „Ersatzreligion“, zweitens durch ein neues Verhältnis zur gesellschaftlichen Funktion der Kirchen.

Schon die Formulierung des Görlitzer Programms aus dem Jahre 1921 von der Religion als „Sache innerer Überzeugung“ ist ein erster Schritt weg von der Religionsfremdheit der Partei, die für den einzelnen Sozialdemokraten oft identisch war mit Kirchenfeindlichkeit. Der entscheidende Durchbruch geschieht nach dem zweiten Weltkrieg — nach einer Epoche gemeinsamen Leidens, das Einsichten reifen läßt, die im Kampf um politische Machtbehauptung oft verdeckt werden. Es waren die programmatischen Äußerungen des 1. SPD-Vorsitzenden KURT SCHUMACHER, die in den Jahren 1945 bis 1947 die bahnbrechende Klarheit schufen.

Im Sommer 1945 prägte SCHUMACHER den für die weitere Entwicklung der Diskussion dieser Frage innerhalb der Partei entscheidenden Satz: „Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“

In einem grundlegenden Aufsatz aus dem Jahre 1947 bezeichnete SCHUMACHER die Religion als „eine notwendigerweise sich gut auswirkende Macht“. Die Haltung der SPD zu Religion und Kirche könne „nicht die einer gleichgültigen, wenn auch mehr oder weniger wohlwollenden Toleranz gegenüber dem Christentum“ sein. Er fährt dann wörtlich fort:

„Der einzelne weiterblickende Sozialist, mag er nun in seinem religiösen Glauben und seiner philosophischen Erkenntnis stehen wo er will, er wird die Unverzichtbarkeit der Religion für eine große Gemeinschaft nicht leugnen können.“

Die Diskussion über das Verhältnis der SPD zu Religion und Kirche ist, obwohl tagespolitischer Kampf so viele gute Ansätze in beiden Lagern zu überwuchern droht, mit großer Ernsthaftigkeit weitergeführt worden. Sie hat sich im Grundsatzprogramm der SPD zu folgenden Formulierungen konkretisiert:

„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“

„Nur eine gegenseitige Toleranz, die im Andersglaubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.“

Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen. Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.“

Auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD im Mai 1958 führte Dr. ADOLF ARNDT unter lebhaftem Beifall aus:

„Eine Partei, die dem demokratischen Sozialismus verpflichtet ist, gründet sich auf die Einigkeit über unbedingte Grundwerte, und das heißt über bestimmte Gedanken zum Verständnis des Menschen, die in der Gestaltung der Gesellschaft und ihres Staates anerkannt werden und zu verwirklichen sind; aber die Partei kann um ihrer eigenen Freiheitlichkeit willen nicht berufen sein, jenseits der gemeinsamen Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Werte für eine freiheitlich-gerechte Ordnung und für eine Kulturstaatlichkeit nun eine verbindliche Lehre darüber zu entwickeln, aus welcher Philosophie, aus welchem Glauben das Bekenntnis zu diesen Werten letztlich stammt.“

Gehört zum Wesen der freiheitlichen und menschenwürdigen Gesellschaft die Glaubensfreiheit, so kann eine Partei ihr nicht entsprechen und ihren Staat nicht mittragen, wenn sie sich der Unfreiheit im Glauben und im Denken verschrieben hätte, indem sie eine über die politische Überzeugung hinausreichende Einförmigkeit der Unterwerfung unter dieselbe Weltanschauung oder die gleichen religiösen Dogmen gebieten würde.“

Diese Aussagen stehen im Rahmen einer langjährigen vertieften Reflexion über die Verwirklichung einer freiheitlichen Ordnung von Staat und Gesellschaft. Demokratie als freiheitliche Ordnung beruht auf der „Einigung über das Nicht-Abstimmbare“ (Carlo Schmid), das gesichert sein muß in der persönlichen Überzeugung des einzelnen. Einigung über das Nicht-Abstimmbare heißt für den demokratischen Sozialisten Einigung auf die Menschenwürde, die „Einmaligkeit des Menschen als Selbstwert“ (Adolf Arndt), die der Katholik in seinem Glaubensverständnis aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen begründet.

In der Anerkennung einer „wertgebundenen Toleranz“ (Arndt) als Grundlage demokratischer Ordnung liegt das Ja zu Religion und Kirche als wirkender Kräfte der Gesellschaft beschlossen. Religion ist eine gesellschaftliche Angelegenheit, sie ist weder „Privatsache“ noch Staats-sache. Der Staat hat den Kirchen den freien Raum ihres gesellschaftlichen Wirkens zu sichern und dem Staatsbürger die Religionsfreiheit als individuelles Recht zu garantieren.

Anlässlich der Eröffnung des 77. Deutschen Katholikentages am 29. August 1956 in Köln hat der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, eine Erklärung abgegeben, die ein weithin sichtbares Zeugnis heutiger sozialdemokratischer Einstellung zu Kirche und Religion ist. STEINHOFF sagte dort unter anderem:

„Ich bejahe die große volkerzieherische Idee der Kirche. Das innere seelische Leben eines Volkes braucht, wenn es nicht der Auflösung und Verkümmern anheimfallen soll, eine die Seelen behütende und aufrufende Instanz, die die innersten Lebenskräfte des Volkes weckt, den Geist der Bruderschaft nährt und die großen politischen und sozialen Tugenden der Ehrfurcht, der Treue, der Verantwortung und der Solidarität pflegt, ohne die ein Volk nicht leben kann.

Wenn die Kirchen diese Uraufgabe sehen und lösen, strahlen sie aus dem Kern ihres Glaubens und Lebens auch aus in die kulturellen, in die karitativen und sozialen Bereiche, vor allem auch in den Bereich der Erziehung und Menschenbildung, und sind in diesen Bereichen dem Staat willkommen zu rechter Partnerschaft.

Der Staat sagt ja zur Kirche. Er begrüßt die Kirchentage in ihrer großen Aufgabe und Zielsetzung. Kirche und Staat sollten in dieser geschichtlichen Stunde sich die Hand reichen im Kampf um die großen und letzten Menschheitsideale, um die Würde des Menschen, um die Freiheit des Menschen und um die soziale Gerechtigkeit.“

Die Tatsache, daß solche Worte von einem Sozialdemokraten gesprochen worden sind, der persönlich nicht kirchlich gebunden ist, zeigt klar, daß diese Stellungnahme eindeutiger Ausdruck sozialdemokratischen Selbstverständnisses ist und nicht etwa Meinungsäußerungen eines „christlichen Fraktionssprechers“ in der SPD.

Damit dürfte nun auch ein Argument hinfällig werden, das gelegentlich als „letzte Waffe“ eingesetzt wird, nachdem alle anderen Argumente fragwürdig geworden sind: der Hinweis, daß die SPD in verantwortlichen Positionen nur verhältnismäßig wenig kirchlich gebundene Christen habe, und es daher für den Katholiken geboten sei, „zunächst einmal die weitere Entwicklung der SPD abzuwarten“ (Süsterhenn) — ein Argument, widersprüchlich in der Sache und widersprüchlich in sich selbst.

Die SPD hat ihre heutige Einstellung zu Kirche und Religion in der Überprüfung ihres eigenen Gedankengutes entwickelt, nicht durch den Druck irgendwelcher „christlicher Lobbyisten“ oder Fraktionäre in ihren Reihen. Die SPD wirbt nicht um die Christen und Katholiken, um anhand irgendeiner politischen Konfessionsstatistik den Nachweis führen zu können, nun auch mit dem Anspruch als „christliche Partei“ auftreten zu können. Gerade die in der SPD tätigen Christen verwahren sich übrigens am schärfsten gegen solche Gedanken.

Worum es der SPD geht, läßt sich sehr einfach und ehrlich in einem einzigen Satz ausdrücken: Sie braucht die Mitarbeit der gutwilligen Demokraten, auch derer, die ihre demokratische Überzeugung aus dem katholischen Glauben begründen. Das ist alles. Darum sucht sie das Gespräch.

Schlußbemerkung

Die abschließende Bemerkung kann kurz sein. Sie kann nur wiederholen, was bereits mehrfach gesagt wurde: eine politische Partei kann nicht für die Mitglieder einer Kirche Fragen entscheiden, die diese sich in ihrem religiösen Gewissen stellen. Sie kann nur zu klären versuchen, wenn sie selbst Gegenstand dieses Fragens ist. Sie kann zusammentragen, was die Kirche über sich selbst sagt, und so ihrerseits den Angehörigen dieser Kirche Fragen stellen. Schließlich kann sie ihr eigenes Selbstverständnis darlegen. Das alles ist hier versucht worden. Vielleicht in mancher Hinsicht unvollkommen, aber mit dem Streben nach Gewissenhaftigkeit und Aufrichtigkeit. Wir wünschen uns eine Weiterführung dieses Gesprächs in demselben Geist.

Literatur zum Thema dieser Schrift

Adolf Arndt, Gustav Gundlach, Waldemar v. Knoeringen, Oswald von Nell-Breuning, Götz Freiherr von Pölnitz, Carlo Schmid, Adolf Süsterhenn, Gerhard Weisser:

„CHRISTENTUM UND DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS“, Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern. Heft 4. München, Karl-Zink-Verlag 1958.

Adolf Arndt, Max Bense, Walter Dirks, Walter Gerlach, Alexander Mitscherlich, Alfred Weber:

„DAS WELTBILD UNSERER ZEIT“, Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker. Nürnberg, Nestverlag 1954.

Hans Daams:

„PÄPSTE RECHTFERTIGEN DEN SOZIALISMUS“, in „Geist und Tat“, 2. Jg., Heft 4.

Willi Eichler:

„GERECHTIGKEIT UND CARITAS“, in „Die Neue Gesellschaft“, Bielefeld, 1. Jg., Heft 3.

Willi Eichler:

„DER WEG IN DIE FREIHEIT“. Hannover, J. H. W. Dietz-Verlag 1955.

Willi Eichler:

„DEMOKRATISCHE SOZIALISTEN UND KATHOLIKEN IM GESPRÄCH“, in „Geist und Tat“, 13. Jg., Heft 2.

Willi Eichler:

„STAAT, KIRCHE UND ERZIEHUNG“, in „Geist und Tat“, 5. Jg., Heft 6.

Willi Eichler:

„CHRISTENTUM UND ABENDLÄNDISCHE KULTUR“, in „Geist und Tat“, 10. Jg., Heft 4.

„GRUNDSATZPROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS“. Bonn, Vorstand der SPD 1959.

J. Meerfeld:

„KATHOLISCHE KIRCHE UND SOZIALISMUS“, in „Geist und Tat“, 2. Jg., Heft 8.

J. Meerfeld:

„DER TRAGISCHE ZWIESPALT“, in „Geist und Tat“, Jg. 7, Heft 8.

Erich Meyer:

„WANDLUNGEN IM CHRISTLICHEN EIGENTUMSBEGRIFF“, in „Geist und Tat“,
2. Jg., Heft 3.

S. Miller:

„SINN UND MÖGLICHKEITEN DER TOLERANZ“, in „Geist und Tat“, Jg. 7,
Heft 8.

Oswald von Nell-Breuning:

„KATHOLISCHE KIRCHE UND HEUTIGER STAAT“, in „Die Neue Gesellschaft“,
Bielefeld, 1. Jg., Heft 3.

Joseph Rovon, Friedrich Heer, Gerhard Jacobi, Ernst Wolf, Adolf
Arndt:

„CHRISTLICHER GLAUBE UND POLITISCHE ENTSCHEIDUNG“. Veröffentlichun-
gen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker. Mün-
chen, Isar-Verlag.

Maria Sevenich:

„DER ‚POLITISCHE KATHOLIZISMUS‘ ALS ZIEL UND WIRKLICHKEIT“, in „Die
Neue Gesellschaft“, Bielefeld, 1. Jg., Heft 3.

Dr. Dr. Fritz Wenzel:

„DER POLITISCHE KATHOLIZISMUS IN DER LITERATUR“, in „Die Neue Gesell-
schaft“, 1. Jg., Heft 3.

J. M. Willems:

„DIE FREIHEIT DES GEWISSENS“, in „Geist und Tat“, 10. Jg., Heft 5.

I N H A L T

Vorwort

Zur Einleitung 5

Um die parteipolitische Neutralität der Kirche 8

Verbietet die Kirche die Mitgliedschaft in bestimmten politischen
Parteien? 13

Und die christliche Soziallehre? 16

„Quadragesimo anno“ und das Nein zum Sozialismus 20

Sozialistische Gesellschaftsauffassung heute 25

Sozialistische Sozialvorstellungen und katholische Soziallehre 27

Sozialdemokratie und Kirche 35

Schlußbemerkung 40

Literaturhinweise 43

Die Zukunft meistern

Arbeitsmaterial zum Thema:

Wissenschaft und Forschung, Erziehung und Bildung
in unserer Zeit

Inhalt:

I. Notrufe an die Politik

II. Aufgabe und Programm

III. Ein Bedarfsplan

für die Bundesrepublik Deutschland

IV. Versäumnisse

V. Materialien über Forschung, Wissenschaft
und Erziehung in Ost und West

Herausgegeben vom Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gesamtumfang 172 Seiten. Preis DM 7,80

Bezug durch jede gute Buchhandlung

VERLAG J.H.W. DIETZ NACHF. GMBH BERLIN UND HANNOVER

Werner Blumenberg:

Kämpfer für die Freiheit

184 Seiten und 32 Seiten Abbildungen auf Kunstdrucktafeln
Ganzleinen DM 12,80

Biographien von Johann Jakob, Wilhelm Weitling, Karl Marx, Friedrich Engels, Stephan Born, Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Ignaz Oiler, Georg von Vollmar, Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Carl Legien, Ludwig Frank, Friedrich Ebert, Otto Braun, Otto Wels, Rudolf Hilferding, Julius Leber, Hans Bockler, Kurt Schumacher, Ernst Reuter.

Julius Braunthal:

Sozialistische Weltstimmen

312 Seiten. Ganzleinen DM 19,80

Ein Sammelwerk über die Entwicklung der sozialistischen Idee mit Betrachtungen und Darstellungen führender Sozialisten aus Belgien, Holland, Deutschland, Norwegen, England, Österreich, Schweden, Frankreich, Italien, Finnland, Dänemark, Indien, Indonesien, Israel und Singapur.

Marie Juchacz:

Sie lebten für eine bessere Welt

Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts
168 Seiten mit 31 Abbildungen. Ganzleinen DM 9,80

Mit diesem Buch hat die bekannte Sozialistin Marie Juchacz den tapferen Frauen der letzten 150 Jahre ein dauerndes Denkmal gesetzt, die für ihre Mitmenschen nicht nur oft ihr persönliches Glück, sondern leider auch ihr Leben opfern mußten.

Wilhelm Matull:

Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie

160 Seiten mit 30 Abbildungen. Ganzleinen DM 6,80

Dieses Buch gibt einen Überblick über die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei, ihre Entwicklung und ihren Standort. Zeit- und ideengeschichtliche Zusammenhänge sind weitgehend berücksichtigt. Auf 160 Seiten zusammengefaßt und eingänglich dargestellt, liegt hier die erste Gesamtdarstellung über ein Jahrhundert Werden und Wandel der ältesten deutschen Partei vor.

Sozialismus in unserer Zeit

Neue Wege zur sozialistischen Gesellschaft

Herausgegeben von der Sozialistischen Union, London. Aus dem Englischen von Dr. Friedrich Scheu

144 Seiten. Broschiert DM 4,80

Die „Sozialistische Union“, eine Gruppe englischer Sozialisten, die Gaitskell und Morrison nahesteht, hat die Bedeutung des Sozialismus in der Welt von heute einer neuen Prüfung unterzogen. Das Ergebnis ist dieses Buch, das in England großes Aufsehen erregt hat. Viele „heiße Eisen“ werden darin herzhafte angepackt. Aber die Untersuchung zeigt uns die Mittel und Ziele in neuem, klarem Licht. Das Buch ist ein Ruf an alle, die Sozialisten sind, und an alle, die es werden wollen.



Sämtliche Titel sind in allen Buchhandlungen erhältlich



Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH Berlin und Hannover